

Die Schere im Kopf der Forscher

Heute tritt das **Kyoto-Protokoll** in Kraft – es hat bestenfalls eine psychologische Bedeutung, sagt der Klimaexperte Hans von Storch

Das Kyoto-Protokoll ist sinnvoll, meint der deutsche Klimaforscher Hans von Storch. Aber aus Angst, wie das Klima in hundert Jahren sein könnte, gingen andere Probleme vergessen: zum Beispiel, dass heute jeden Tag Tausende von Kindern verhungern.

INTERVIEW: PATRICK IMHASLY

«BUND»: Heute tritt das Kyoto-Protokoll in Kraft. Der Nutzen ist umstritten. Braucht es dieses Abkommen überhaupt?

HANS VON STORCH: Der Sache nach – also in Bezug auf den Ausstoss von Treibhausgasen – ist dieses Abkommen eigentlich nicht wirksam. Ausgedrückt in verminderter Temperatursteigerung in einigen Jahrzehnten ist der Gewinn minimal.

Die Rede ist von einer verminderten Temperaturerhöhung bis 2050 um höchstens 0,1 Grad.

Ja, in dieser Grössenordnung. Doch das ist nicht der Punkt. Die wirkliche Bedeutung des Protokolls liegt für mich in der Psychologie. Mit diesem Abkommen anerkennt die Welt: Wir haben ein Problem, und das gilt es gemeinsam zu bewältigen. In diesem Sinne ist das Kyoto-Protokoll sinnvoll.

Eine etwas magere Bilanz für einen politischen Kraftakt dieser Grössenordnung.

Dass wir das Kyoto-Protokoll durchbekommen haben, war mit Opfern verbunden. Es ist gelungen, das öffentliche Interesse auf den Klimawandel zu fokussieren. Dabei gab es aber ‚Kollateralschäden‘. Zum Beispiel die erhebliche Politisierung der Klimaforschung: Sie steht unter dem starken Diktat des politisch Wünschbaren.

Welche anderen unerwünschten Nebenwirkungen haben Sie festgestellt?

Der zweite Kollateralschaden besteht darin, dass wir aus Sorge vor den negativen Folgen des Klimawandels in fünfzig oder hundert Jahren vergessen haben, darauf hinzuweisen, dass unsere Umwelt heute schon gefährlich ist. Nehmen wir als Beispiel die Tsunamis. Natürlich hätten wir ein Warnsystem im Indischen Ozean aufbauen können. Das haben wir aber nicht getan. Stattdessen haben wir uns vollständig konzentriert auf die Frage des vom Menschen verursachten Klimawandels. Die Unaufmerksamkeit an anderen wichtigen Fronten: Das ist der Preis des Kyoto-Protokolls.

Setzen wir die Prioritäten falsch?

Die öffentliche Aufmerksamkeit ist eine knappe Ressource, um die grosse Konkurrenz herrscht. Auf die Dauer kann sich die Öffentlichkeit vielleicht mit zehn Themen beschäftigen. Eines davon ist Fussball, eines das britische Königshaus, eines der Klimawandel und so weiter. Die Folge davon ist, dass wir für andere wichtige Themen keine Aufmerksamkeit mehr haben. Zum Beispiel dafür, dass täglich Tausende Kinder verhungern. Das ist eine schlimme Haltung, wenn auch vielleicht unvermeidlich im Sinne politischer Effizienz.

Heisst das: Die Bedrohung durch den Klimawandel wird übertrieben?

Es wird pauschal behauptet, der Klimawandel stelle die grösste Gefahr dar, die es gebe. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass das geschieht auf der Basis einer objektiven Abschätzung aller Gefahren, welchen sich die Menschheit weltweit gegenüber sieht.



Dass der **Klimawandel** das grösste Menschheitsproblem darstelle, sei keine objektive Einschätzung, sagt Hans von Storch. HARADA/KEY

Viele Klimaforscher schüren selbst die Angst, indem sie von schlimmsten Szenarien ausgehen.

Wohl wahr. Ohne die Medien gäbe es unter den Forschern vielleicht fünf Prozent Dramatisierer, fünf Prozent Herunterspieler und neunzig Prozent, die das ganze Spektrum auf den Tisch legen. Für Medienauftritte eignen sich indes jene Kollegen am besten, welche die dramatischsten Geschichten erzählen und die erschütterndsten Bilder zeigen.

Und warum tun sie das?

Diejenigen, die das tun, glauben tatsächlich daran. Vielleicht meinen sie auch, dass ein wenig Übertreiben erzieherisch zulässig ist. Da steckt im Prinzip die Annahme dahinter: Die Öffentlichkeit ist zu dumm, den wahren Sachverhalt zu verstehen. Also müssen die Inhalte so aufgearbeitet werden, dass auch die Dummen mitkommen. Das ist ein zutiefst undemokratischer Ansatz. Meine Meinung ist: Lasst uns den Leuten die ganze Geschichte

erzählen und lasst sie selbst entscheiden, wie sie die Prioritäten setzen.

Sie haben einmal gesagt: Viele Klimatologen hätten eine Selbstzensur im Kopf – Dramatisierungen würden hingenommen, Übertreibungen aber nicht korrigiert, weil das der guten Sache, dem Klimaschutz, schade.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Im vergangenen Herbst konnten wir im US-Fachblatt «Science» eine

Arbeit publizieren. Sie hat gezeigt, dass ein zentraler Befund im Bericht des Uno-Klimawissenschaftsrats (IPCC) von 2001 auf falscher Methodik beruht. Es geht um die Mann-Kurve. Sie stellt dar, dass die Temperaturen in der nördlichen Hemisphäre vor der Industrialisierung relativ stabil geblieben und erst durch den Einfluss des Menschen gestiegen sind. Laut unseren Berechnungen wurden dabei natürliche Schwankungen der Temperatur in der Ver-

gangenheit unterschätzt. Die Kommentare der Kollegen waren zweierlei Art.

Nämlich?

Kollegen, die unglücklich waren mit der Mann-Kurve, reagierten mit den Worten: «Toll, habt ihr das endlich gesagt.» Andere meinten: «Eure Ergebnisse könnten aber leicht von Skeptikern missbraucht werden.» Eine fundierte Auseinandersetzung mit den Inhalten unserer Arbeit unterblieb.

Man tut sich also schwer mit kritischen Ergebnissen, weil man Angst hat, den Gegnern des Klimaschutzes Wasser auf die Mühle zu leiten?

Genau. Dabei wird die eigene Position doch nur stärker, wenn man von sich aus auf die Probleme hinweist. Die Angst vor den Skeptikern ist in den Hirnen vieler Klimaforscher verankert.

Was die Öffentlichkeit mitbekommt ist das eine. Wird wenigstens innerhalb der Wissenschaft offen und kritisch diskutiert?

So lupenrein steht auch die Wissenschaft nicht da. Die Neigung, auch mal eine provokative Hypothese durchzulassen, ist im Bereich der gesellschaftlich relevanten Klimaforschung vielleicht nicht ganz so ausgeprägt wie in andern, eher abseitigen Gebieten.

Vergangene Woche hat eine Arbeit schwedisch-russischer Forscher im Fachblatt «Nature» gezeigt, dass die natürlichen Temperaturschwankungen in der Vergangenheit tatsächlich viel grösser waren als bisher angenommen. Müssen wir unsere Meinung revidieren, dass der Mensch einen wesentlichen Einfluss auf das Klima hat?

Nein, ich glaube nicht, dass wir das müssen. Die Temperaturergerungen, die wir in den letzten paar Jahrzehnten hatten, sind jenseits dessen, was man als normal akzeptieren würde.

Wie schlimm ist diese Klimaerwärmung tatsächlich, gerade im Vergleich mit anderen Problemen der Menschheit?

«Im Vergleich»: Das ist das Schlüsselwort. Deshalb kann ich aber diese Frage nicht beantworten: Ich bin nur Experte für das Problem der Klimaerwärmung. Wir müssen zurückkehren zu einem politischen Prozess, in welchem wir wertgesteuert und nicht durch Experten herrschaft entscheiden, welches die Hauptprobleme sind, die wir behandeln wollen. Dazu gehören sicher die Armut und der Frieden in dieser Welt, sowie in Europa die reduzierte Lebensqualität als Folge der Arbeitslosigkeit.

Was heisst das für die Klimadebatte?

Das Beste, was wir tun können, ist, zu einer Versachlichung der Debatte zurückzukehren. Das bedeutet, nicht nur den erwarteten Gewinn, die Vermeidung der Klimakatastrophe, sondern auch die Kosten darzustellen. Dazu gehören die Kosten in Geld, aber auch die Kosten in verpassten Möglichkeiten, etwa bei der Bekämpfung der Malaria.

ZUR PERSON



Hans von Storch ist Leiter des Instituts für Küstenforschung am deutschen GKSS-Forschungszentrum in Geesthacht. Der

Mathematiker und Meteorologe gehört zu den weltweit führenden Klimaexperten.

WELTWEIT SIND BEREITS ZEHN KLAGEN GEGEN KLIMASÜNDER HÄNGIG

Klimaschutz auf dem Rechtsweg

Müssen europäische Stromkonzerne mit Klagen wegen der 35 000 Hitzetoten des Rekordsommers 2003 rechnen? Ja, behaupten Umweltschutzorganisationen, Juristen und Wissenschaftler. «Der Rechtsweg wird immer wahrscheinlicher in dem Masse, in dem die Wissenschaft einen klaren Zusammenhang zwischen Treibhausgasemissionen und Klimaphänomenen wie Wirbelstürmen, Gletscherschmelze oder Hitzewellen feststellen kann», sagt Peter Roderick von der britischen Nichtregierungsorganisation Climate Justice Programme. Knackpunkt solcher Klagen ist die plausible Darlegung der Kausalität zwischen dem von Menschen verursachten Klimawandel und dessen Folgen.

Beunruhigende Fakten

Die Fakten, die immer mehr Wissenschaftler auf den Tisch legen, dürften für die grossen Luftverschmutzer beunruhigend sein. So stellte der Physiker Myles Allen von der Universität Oxford jüngst in der Fachzeitschrift «Nature» eine Studie über den europäischen Rekordsommer vor. Er kommt zum Schluss, dass der vom Menschen verursachte Treibhauseffekt das Risiko, unter einem derart aussergewöhnlichen Wetterphänomen wie 2003 zu leiden, verdoppelt hat. In 30 Jahren werden laut

Allen die meisten Treibhausgase in der Atmosphäre aus der Zeit nach 1990 stammen – also zu einer Zeit in die Luft geblasen worden sein, da die gefährlichen Folgen dieser Emissionen bereits allgemein bekannt waren.

Bereits jetzt sind weltweit zehn Klimaklagen hängig, unter anderem gegen den australischen Staat wegen der Vergabe von Bergbau- und Energiekonzernen wegen Luftverschmutzung und gegen die deutsche Regierung wegen der Geheimhaltung von Exportkrediten für Energieprojekte mit fossilen Brennstoffen seit 1997. Keiner der Verfahren ist bisher letztinstanzlich entschieden, einige Richter haben die Klagen jedoch bereits für zulässig erklärt, womit die erste Hürde genommen ist.

Grosse Bandbreite für Klagen

Die Bandbreite für Klimaklagen ist laut Roderick gross: In den USA laufen vor allem zivilrechtliche Klagen wegen «öffentlicher Beeinträchtigung». Die Eskimos haben eine Klage vor dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof gegen die US-Regierung eingereicht, weil sie durch das Schmelzen der Polarkappen in ihrer Existenz bedroht sind. Und Aktivisten aus Belize, Peru und Nepal stellten Ende letzten Jahres bei der Uno-

Organisation für Wissenschaft, Kultur und Erziehung (Unesco) den Antrag, drei als Weltkulturerbe klassifizierte Orte als «gefährdet durch Klimawandel» zu erklären und entsprechende Schutzmassnahmen zu veranlassen – darunter ein Korallenriff und die Gletscher des Mount Everest.

Der US-Jurist Ken Alex, der die Klage von acht US-Bundesstaaten und diversen Bürgergruppen gegen die US-Energiekonzerne mit ausgearbeitet hat, hofft auf eine ähnliche Wandlung der Rechtsprechung wie im Fall der Tabakkonzerne, die wegen Beeinträchtigung der Volksgesundheit zu hohen Geldstrafen verurteilt worden sind. Nur viel rascher: «Die Tabak-Rechtsprechung hat von der ersten Klage bis zur ersten Verurteilung 40 Jahre gedauert, so viel Zeit haben wir nicht mehr.» Derzeit versuchen die Firmen, die Klagen von den Gerichten abweisen zu lassen. Sie argumentieren unter anderem, beim Klimawandel handle es sich um ein globales Phänomen, und die Klagen zur Reduktion ihrer Emissionen wären viel grösser als der Nutzen.

Sollte die Klagewelle indes erfolgreich sein, wären die Folgen unabsehbar. Schadenersatzsummen könnten astronomische Höhen erreichen, und in die politischen Verhandlungen käme ganz

neue Dynamik. Wie heikel das Thema ist, zeigt auch die Reaktion des Direktors des Uno-Umweltprogramms, Klaus Töpfer: «Ich halte den Rechtsweg in diesem Stadium für verfrüht, schliesslich bemüht sich die Weltgemeinschaft ja derzeit, das Schlimmste zu verhindern», sagte Töpfer. «Aber ich denke schon», räumte er ein, «dass das grosse Interesse der Industrie an sauberen Technologien auch ein bisschen damit zu tun hat, dass sie fürchten, früher oder später einmal zur Rechenschaft gezogen zu werden.»

Wer zahlt die Zeche?

Myles Allen glaubt, dass durch die Prozesse der Druck auf die bisher noch unwilligen Staaten und Firmen wächst, ihre Emissionen zu verringern. Sollten die Kläger Recht bekommen, würden sich die Firmen möglicherweise zu Emissionsminderungen verpflichten, wenn die Regierungen ihnen im Gegenzug zusichern, dass es keine weiteren Klagen geben wird, glaubt der Physiker. «Doch bei der aktuellen Rechtslage wäre so ein Deal alles andere als wasserdicht», warnt der Experte, der sich ganz sicher ist: «Die Frage, wer die Zeche für den Klimawandel bezahlen muss, wird noch für lange Zeit im Raum stehen.»

Sandra Weiss, Montevideo